

## **Pressemitteilung zur 33. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Technologie und Arbeit am 07.09.2007**

### *Beratungen zur Großen Anfrage „Arbeit und Entlohnung“ abgeschlossen*

Der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit schloss heute seine Beratungen zur Großen Anfrage „Arbeit und Entlohnung“ der Fraktion der Linkspartei.PDS aus dem Jahre 2006 und die entsprechende Antwort der Landesregierung dazu ab. Angesichts der guten konjunkturellen Entwicklung nahm der Ausschuss die wesentlich besseren Kennzahlen des Arbeitsmarktes gegenüber 2006 auch in Thüringen erfreut zur Kenntnis. Gleichwohl gelte es, das zunehmende Missverhältnis zwischen Langzeitarbeitslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen auf der einen und zunehmendem Fachkräftemangel auf der anderen Seite durch gezielte Qualifizierungsmaßnahmen so weit wie möglich auszugleichen, so das Ergebnis der Diskussion. „An die gute Konjunktorentwicklung knüpft sich auch die Erwartung einer adäquaten Lohnentwicklung in der Thüringer Wirtschaft an,“ fasst der Ausschussvorsitzende Dr. Michael Krapp die Hoffnung der Ausschussmitglieder zusammen.

Auf Bitte des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz befasste sich der Wirtschaftsausschuss auch mit einem Antrag der SPD-Fraktion zu den Auswirkungen des EU-Klimagipfels für die Thüringer Klimaschutzpolitik. Im Ergebnis wird der federführende Ausschuss gebeten, eine Anhörung zu veranlassen, in der insbesondere auch die Thüringer Wirtschaft Gelegenheit bekommt, zu den Klimazielen der EU und inzwischen auch der Bundesregierung Stellung zu nehmen. Denn mit den angestrebten Zielen, die von den sektorspezifischen CO<sub>2</sub>-Reduktion über die Verbesserung der Energieeffizienz bis zur Fortschreibung des Erneuerbaren Energiegesetzes (EEG) reichen, verbinden sich für die Thüringer Wirtschaft spezifische Chancen und Risiken, die wohl abgewogen werden müssen.

Die Auswirkungen einer Anreizregulierung der Nutzungsentgelte für Thüringen war auf Antrag der SPD-Fraktion weiterer Gegenstand der heutigen Ausschusssitzung. „Der wirtschaftliche Wettbewerb lässt sich nur schwer durch einen Regulierungsalgorithmus ersetzen,“ kommentierte der Ausschussvorsitzende den Stand der Debatte, die noch nicht an ihr Ende gekommen ist. Alle Ausschussmitglieder waren sich einig, dass die nach 1990 in Thüringen aufgebaute ausgewogene Infrastruktur als Mix aus Energiekonzernen und Stadtwerken erhalten werden muss.

Abschließend ließen sich die Ausschussmitglieder über die Umsetzung der Konzeption zur Weiterentwicklung des Messestandortes Erfurt und des Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2007-2013 von der Landesregierung berichten. Zum letzten Punkt stellten die Regierungsvertreter auf Nachfrage der Abgeordneten dar, was im Rahmen der EU-Vorgaben alles getan wird, um drohende Förderlücken beim Übergang von der dritten zur vierten Förderperiode zu vermeiden.